

räte, Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderatsmitglieder) für ihr Anliegen zu gewinnen. Bei der Aufklärung sollen persönliche Gespräche, Internetappelle, Infostände, Petitionen, Vorträge und vieles mehr helfen. Auch kulturelle Veranstaltungen (etwa Konzerte oder Kunstprojekte) könnten ein Informationsweg sein, so die BI.

Den Gegnern von 5G geht es dabei aber nicht nur darum, etwas abzulehnen, sondern sie unterbreiten auch Lösungsvorschläge, wie es anders funktionieren könnte. So möchten sie darüber hinaus auf alternative Techniken wie beispielsweise Visible Light Communication hinweisen. Sie fordern zugleich, dass neue Techniken erforscht werden, die nachweisbar zu weniger Elektrosmog führen. Aktuell seien 40 Prozent der Gemeinden in Deutschland gewillt, auf Erdwärme umzustellen. „Wenn dafür alles aufgerissen wird, kann Glasfaser überall mit eingebaut werden“, heißt es im Protokoll zur Gründungsversammlung der BI.

Ferner hat sie auch bereits konkrete Forderungen formuliert:

1.) keine dauerstrahlenden Sender wie 5G-Antennen oder Smart-Cells innerhalb von Ortschaften; Basisstationen nur in einem deutlichen Abstand zu Ortschaften. 2.) Alternativen zu strahlenden Smart-Metern bei Strom und Wasser sowie funkenden Haushaltsgeräten. 3.) Besondere Vorsorge und Schutz für Kinder und elektro-sensible Menschen. 4.) Schutz der Bürger: Das Bundesamt für Strahlenschutz schütze die Strahlen, nicht die Menschen. Daher wird ein deutlich verringelter Grenzwert von 1 Mikrowatt je Quadratmeter Leistungsflussdichte in Wohnräumen angestrebt. 5.) Beweislastumkehr: Industrie und Staat müssten vor der flächendeckenden Einführung von 5 G dessen Unschädlichkeit beweisen. 6.) Schaffung von gesetzlichen Grundlagen in Flächennutzungsplänen bezüglich funkfreier Gebiete. In jeder Verbandsgemeinde sollte mindestens ein funkfreies Baugebiet ausgewiesen werden. 7.) Die Kommunen sollen ein Gutachten zum ökologischen Fußabdruck durch den Netzausbau vorlegen. 8.) Ein analoges Leben mit Barzahlungen, bei Behördengängen, beim Parken etc. soll weiter möglich sein.

Daneben stellen sie weitere Strategien vor. Einige davon sind: In jeder Verbandsgemeinde soll es einen Bau-biologen und einen Umweltmediziner geben, die Bürger und Verantwortliche beraten (so wie den Energieberater). Am Erstwohnsitz soll eine Flatrate-Festnetzanschlusspflicht bestehen. Für jeden Haushalt soll es einen Glasfaseranschluss geben, Breitbandnetze sollten als Eigenwirtschaftsbetriebe von den Kommunen betrieben werden. Der Wirtschaftsfaktor „Funkfreier Naherholungsraum“ im Westerwald soll ausgebaut werden. Außerdem verlangt die BI die Trennung von einer Funkversorgung innerhalb und außerhalb von Häusern. Daneben weisen die Gegner auf die Haftungsfrage hin: Da keine Versicherung Schäden durch Mobilfunk versichert, hafte zunächst der Betreiber. Wenn dieser jedoch insolvent sei (bei Gesundheitsklagen gehe es um hohe Summen), hafte der Eigentümer des Grundstücks und somit Gemeinden oder Privatpersonen. Dieses Risiko müsse den Besitzern bewusst sein.

In einem ihrer ersten Arbeitsschritte möchte die BI mithilfe einer Petition in den nächsten sechs Monaten 5000 Unterschriften gegen die Einführung von 5G sammeln, die den Landräten der Kreise Westerwald, Altenkirchen und Neuwied übergeben werden sollen. Zudem wollen sich die Gegner besser vernetzen – zum Beispiel mit Umwelt- initiativen oder auch Ärzten.

„Wir sind Menschen, die Bedenken haben! Der leichtfertige Umgang der Bundesregierung mit dem Mobilfunkausbau ist für uns nicht nachvollziehbar.“

Die Gründer der neuen Bürgerinitiative „Leben kommt vor Technologie – 5G-freier Westerwald“

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.